

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen:
Eingangen in die Post
zulassungsfrei Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsberatungs- und
Bürostellen Anzeigen die
gepaltene Kolonel-Zelle
60,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von L. Brey.
Druck von C. A. H. Weißer & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

25 Jahre Generalkommission.

Das blutige Jahr bringt der Arbeiterschaft hochbedeutende Gebenstage. Am 16. und 17. November 1890 tagte eine Gewerkschaftskonferenz in Berlin, in der der Grundstein zu den heutigen gewerkschaftlichen Organisationen gelegt und die Generalkommission gegründet wurde. Ein langwieriger Umwandlungsprozeß in der Organisationsform, in der gewerkschaftlichen Taktik und der innere Ausbau nahmen mit Gründung der Generalkommission ihren Anfang. Langsam, unter bitteren Kämpfen und doch gründlich hat sich auf so vielen Gebieten des Gewerkschaftslebens das „Umlernen“ vollzogen. Was Inhalt und Ziel der Arbeit in den 25 Jahren gewesen, kann man nur ermessen, wenn man sich in Zeit und Umstände vor 25 Jahren zurückversetzt.

Die Arbeiter hatten sich in immer größeren Scharen um das Banner der Sozialdemokratie gesammelt. Trotz Angst, Bann und Verfolgung wurde der Kampf um die Gesetzgebung geführt. Die hierzu erforderliche geheime Organisation war geschaffen. Sie war stark und in den letzten Jahren an Mitteln reich genug gewesen, den Kampf gegen das Ausnahmegericht zu führen. Auf dem ersten Parteitag nach Fall des Sozialistengesetzes (in Halle) konnte der kassierer Bebel unter Vorlegung eines Kassenberandes von 171 829 M. sagen: „Das ist eine Summe, wie sie bisher die Partei nie aufzuweisen gehabt hat; ein recht schönes Handgeld, welches die neue Parteileitung in ihre Verwaltung bekommt.“ Mit einem gewaltigen politischen Siege, mit 60 politischen Sitzungen und „so reich wie noch nie“ ging die Sozialdemokratie in die „sozialistengesetzlose“ Zeit hinein.

Anders die Gewerkschaften, denen schwere Wunden geschlagen waren. Zwei Verbände, Tabakarbeiter und Buchdrucker, besaßen große Niederlagen; die übrigen Verbände waren für den wirtschaftlichen Kampf so gut wie ohnmächtig. Die Sozialdemokratie hatte ein hartes Gesetz einig zusammengezweigt und zusammengehämmert. Die Versuche der Jungen, die Einigkeit und Geschlossenheit zu föhren, wurden im Stein erstickt. Die Gewerkschaften waren zersplittet. Ein einheitliches Vereinsrecht wies das Reich nicht auf, mithin auch keine einheitliche rechtliche Grundlage für die gewerkschaftlichen Organisationen. So bestanden Zentralverbände, durch Vertrauensmänner mit den Zentralverbänden im Zusammensein stehende Einzelmitschaften (in Sachsen), lokale Fachvereine, lokale Industrievereine usw. in buntem Durcheinander. Die organisatorische Herrschaft verurteilte die verschiedenen Organisationen zur Ohnmacht.

Den Versuchen, durch agitatorische und organisatorische Tätigkeit zur Erlangung von Macht zu kommen, begegneten die Unternehmer mit dem größten Widerstand. Sie führten auf das Geschäft der Entlassungen, des Gehengs mit Schwarzen Listen von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, ja von Ort zu Ort. Die gewerkschaftliche Tätigkeit zu Anfang der neunziger Jahre stand somit im Zeichen der Niederlagen und der organisatorischen Erstarrung. Aus dieser und aus der Herrschaft heraus zu sprudelndem Leben, zu Einheit und Erfolgen zu gelangen, das war damals „Gebot der Stunde“. Genosse Legien hat es mit sicherem Blick erkannt, dafür geschafft und gewirkt.

Ungeheuer gering war die Schlagfertigkeit und Widerstandskraft der gewerkschaftlichen Arbeiter. Kein ernster Konflikt wurde ausgefochten, ohne die Opferwilligkeit der Gesamtarbeiterchaft aufzufordern. Bei den kleinsten Kämpfen war es nicht besser. Woche für Woche flatterten die Mitteilungen in die Redaktionen und auf die Schreibtische der Zentralvorsitzenden, daß in irgendeinem Beruf einer Stadt „22 Männer mit 29 Kindern“, „22 Männer mit 24 Kindern“, „41 Personen mit 40 Kindern“ auf „das Solidaritätsgefühl der Genossen rechnen“ und „bei ausgiebiger Hilfeleistung die ihnen aufgedrungenen Kämpfe siegreich zu beenden hoffen“.

In einem der ersten ihrer Aufrufe sprach die Generalkommission die „dringende Bitte“ aus: „... endlich damit zu beginnen, einen festen Fonds zu bilden, um nicht bei jedem eintretenden Ausstand mit dem Klingelsbeitel durchs Land gehen zu müssen“. Es stand für jeden Einflüsterer fest, daß ein Kampf um die Erlangung besserer Lebensbedingungen und Verkürzung der Arbeitszeit bei den seitherigen Organisationsformen nicht möglich war. Eine Stärkung der Organisationen, eine Regelung ihrer Kampfweise mußte eintreten; die Generalkommission sollte hier Bahnbrecherin sein. Als Arbeitsplan war ihr von der Gewerkschaftskonferenz mit auf den Weg gegeben:

„Die Kommission hat einen allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen und eine Vorlage für die Organisation der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten. Ferner allen Angriffen der Unternehmer auf das Organisationsrecht der Arbeiter, gleichviel welcher Branche, entgegenzutreten und jeden Widerstand der Einzergesellschaften tatkräftig zu unterstützen. Sodann für Organisation der wirtschaftlich zu schwach gestellten Arbeiter einzutreten und deren Organisation tatkräftig zu unterstützen sowie die Agitation zur Verbreitung der Organisation in den unorganisierten Landesteilen zu leiten.“

In den Gewerkschaften waren zum Teil die Erwartungen auf Grund dieses Planes recht hoch geschrägt. Andre wieder bestritten der Generalkommission jeden Erfolg. So meinte auf dem Halberstädter Kongreß Johannes Timm: „... Wird der Antrag der Generalkommission angenommen, so geht die Gewerkschaftsbewegung um 20 Jahre zurück.“ Genosse Behrend (Berlin) glaubte feststellen zu können, daß „die Arbeiter die Kommission als ‚Vorgeborenes Kind‘ bezeichnen“, und der Abgeordnete Wilhelm Meijer meinte unter anderm: „Zur Pflege der internationalen

Beziehungen hat die Kommission eigentlich gar keine Zeit.“ Dem wollen wir nun entgegenstellen, daß Karl Legien Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes geworden ist und daß von den 31 internationalen Berufskomiteen sich 26 unter deutscher Leitung befinden.

Die erste Übersicht über Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaftsorganisationen weist aus, daß 53 Verbände in 3150 Verwaltungsstellen 227 733 Mitglieder hatten. Auf Grund des Vertrauensmännerystems waren noch in 712 Verwaltungsstellen 73 467 Mitglieder.

Noch ungünstiger gestaltete sich die zweite Übersicht für das Jahr 1891. Da waren in 61 Zentralverbänden mit 2400 Zweigvereinen 168 104 Mitglieder. In den 4 auf Vertrauensmännerystem aufgebauten Organisationen waren in 168 Orten 8560 Mitglieder. Also ein ganz augenfälliger Rückgang in den gewerkschaftlichen Organisationen!

Ebenso mangelhaft wie der Ausbau der Organisationen war auch ihr innerer Ausbau in bezug auf Unterstützungsleistungen. Es lieferen nur 28 Verbände ihren Mitgliedern ein Verbandsorgan; bei 17 Verbänden war es nur im Abonnement erhältlich. Unsre Organisation gehörte leider auch zu denen, die durch das geistige Band einer Zeitung mit den Mitgliedern nicht verbunden waren. Arbeitslosenunterstützung wurde nur von 9 Verbänden gewährt. Auch die übrigen Unterstützungsanstalten befanden sich in den ersten Anfängen, wurden teilweise, als den „Klassenkampf“ hindern, offen und erbittert bekämpft. Da ist heute allerdings ein Umschwung der Auffassungen zu verzeichnen. Die Organisationen haben die inneren Einrichtungen und die Leistungen völlig umgewälzt. Das hervorragendste Verdienst an dieser Tat ist der Generalkommission und da wieder dem Genossen Legien zu zumessen.

Mit dieser Anerkennung sollen vor allen Dingen jene nicht taten, die da wissen, welche bitteren, bis zum Persönlichen geistigsten Feindschaften die Tätigkeit für Umgestaltung, Ausbau und Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung einbrachten. Es kann heute nicht verschwiegen werden, daß es in weiten Parteikreisen mit Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung sehr habe.

„Die Gewerkschaftsbewegung wird keine große Zukunft haben. Zur Erziehung und zum Aufbau des künftigen Wirtschaftslebens ist die Gewerkschaftsbewegung nötig.“ „Stur das eine ist sicher: Die Gewerkschaftsführer wollen die Gewerkschaftsbewegung über die politische stellen.“ „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird. Der Grund liegt nicht in der Jugend der Bewegung, sondern in der Kraft der politischen Bewegung.“ „In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Sicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerb durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat.“ „Man wollte eben eine Art parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Größenwahn Schiffbruch gesitten hat, entstand der Streit.“

So urteilten hervorragende Führer der Sozialdemokratie vom ersten Gewerkschaftskongress bis zum Parteitag in Köln. Auch nach diesem ist noch manches schiefes Urteil gefallen worden.

Der Widerstand gegen einen Zusammenschluß in der Generalkommission war sogar bei den Gewerkschaften selbst zu finden. Nicht nur die Lokalisten, auch mehrere Zentralverbände lehnten den Anschluß ab oder traten zurück. Die Gründe waren verschieden. Einmal war es die Beitragspflicht. Für dieses Geld glaubte man andre Verdienst zu haben. Andre ganz „zielbewußte“ Leute witterten in der Generalkommission Rivalität gegenüber dem Parteivorstand. Man unterschätzte dieser Ziele und Absichten, die auf eine Verwässerung des gewerkschaftlichen Kampfes abzielen.

Unsre Organisation hat der Generalkommission immer Treue bewahrt. Bis zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main waren wir durch ein Verbandsmitglied in der Generalkommission vertreten. Bei der Neuwahl fielen wir mit unserer Kandidaten durch. Dies Malheur hatten wir noch öfter. Das veranlaßte uns aber nicht, den Anschluß zu lösen. Auf dem Bandtag in Hamburg waren neben Verteidigern der Generalkommission laue Freunde und offene entschiedene Befürworter der Trennung. Ein Redner meinte, er halte die Lösung von der Generalkommission notwendiger denn je. Die Pläne der Generalkommission, welche auf eine Beschäftigung mit der sozialen Gesetzgebung abzielen, würden, wenn zur Ausführung gekommen, eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung bedeuten haben.“ Das waren die „dunklen Pläne“, die zu haben die Generalkommission bedächtig war und die noch lange in der Arbeiterbewegung beunruhigten. Der Bandtag beantragte aber — gegen 4 Stimmen — den Vorstand,

„... dem Institut der Generalkommission festzuhalten und sie in jeder Hinsicht zu unterstützen“. Diesen Auftrag hat der Vorstand bis zum heutigen Tage gewissenhaft ausgeführt, unablässiger darum, daß er sich die Zusammenarbeit mehr als einmal anders wünschte.

Das „Vorgeborene Kind“, das auf einem Kongress der Delegierten in Halle der Delegierte Mittag noch einmal als gewiß und wahrhaftig vorsagte, läßt nun auf eine 25jährige Distanz. An Stelle der gewerkschaftlichen Herrschaft ist Einheitlichkeit der

Organisation getreten; die wilden Wohnbewegungen sind abgelöst durch eine vernünftige, gewerkschaftliche Taktik, die zu verbessern und das Verbesserte durch Tarifabschlüsse zu erhalten sucht. Der Ausbau des Unterstützungslebens ist fast allgemein geworden. Eine sorgsam bearbeitete Statistik hält alles fest, was an Stärke und Leistungsfähigkeit vorhanden ist, bildet die Quelle des Studiums für Ausbau und Weiterbau. In gewerkschaftlichen Kursen wird den Verbandsbeamten Gelegenheit zur Mehrung ihres praktischen und theoretischen Wissens und Könnens gegeben, und eine umfangreiche gewerkschaftliche Literatur dient dem gleichen Zweck. Der Generalkommission ist angegliedert eine sozialpolitische Abteilung und als Rechtschutzzinstanz das „Arbeitersekretariat“.

Gewiß, das ist Gesamtarbeit. Als Demokraten liegt uns die übermäßige Verdienstzumessung an einzelne Personen fern, und Legien selbst hat vor Jahr und Tag öffentlich die Arbeit des einzelnen in Vergleich zur gesamtmöglichen Bedeutung der Arbeiterbewegung gestellt. Aber Legien ist für diese Arbeit Bahnbrecher, Wegweiser und — Arbeiter gewesen. Von „der Pike auf“ dienend, hat er die Kleinarbeit der Verbündeten, die ersten Samenkörner der Organisation ausstreunen verrichtet. Für den Mann aus der Werkstatt, der mit eisernem Fleisch allen Widerständen und Unfeindlichkeiten zum Trotz im Leben seinen Weg ging, haben wir Gruß und Glückwunsch. Mit uns drücken ihm im Geiste ungezählte Tausende die Hand in der Hoffnung, daß er noch recht lange der Arbeiterbewegung erhalten bleibe.

August Brey.

Die üppig lebenden Kriegerfrauen.

Von den „üppig lebenden Kriegerfrauen“ sind seit Kriegsausbruch schon allerlei Geschichten erzählt und weitergetragen worden. Einzelfälle wurden allgemein und harmlose Vorlommisse wurden aufgebläht, nur um dem Bild von der in Neppigkeit lebenden Kriegerfrau einige Züge anfügen zu können. Besonders unangenehm berührte bei solchen Kriegsfallen die Tatsache, daß in weiten Kreisen die Auffassung besteht, die Kriegerfrauen, die irgend eine Unterstützung beziehen, hätten nicht das Recht, sich irgendeine Lebensfreude zu gönnen. Besonders drastisch kommt diese Auffassung zum Ausdruck auf einem Blatt, das eines Tages den Kriegerfrauen in kleinen häuschen entgegenhielt, als sie sich ihre Unterstützung vom Rathaus abholen wollten. Dieses Blatt trug folgenden Inhalt:

„Kriegerfrauen sollen keinen Zug tragen, keinen Kuchen essen, außerdem keine Theater, Kinos und Kaffeepavillons besuchen. Widrigfalls würde den Betreuenden die Unterstützung entzogen.“

Der Stadtrat von Reichenbach.“

Gegen die in diesem mehr als sonderbaren Erlass nummer auch „amtlich“ sanktionierte Auffassung, daß die Kriegerfrauen freudlos dahinsieben sollen, richtet sich die folgende Briefchrift einer Frau, deren Mann seit Kriegsbeginn im Felde steht.

Die Redaktion.

Sie lehren zu oft wieder und werden von der bürgerlichen Presse aller Schattierungen zu behaglich wiedergekauft und mehr oder minder spitzfindig kommentiert: die Vorwürfe über luxuriöses Leben der Arbeiter-Kriegerfrauen! Wenn man nun selbst den Mann und Ehemann schon volle 15 Monate in den Schlüssengräben der Champagne weiß und den zweiten Kriegswinter nahen sieht, dann möchte einer ein großer Zorn erfassen, wieviel unnütze Zeit doch verschwendet wird mit nebenschwachen Dingen. Magistratische Aktionen werden darüber eingeleitet mit einem Eifer, der bei andern Sachen, z. B. bei der Bekämpfung des sich immer untrüglicher breitmachenden Lebensmittelknockers, viel besser am Platze wäre. Haben denn die Arbeiterfrauen etwa den jetzt tobenden Weltkrieg verschuldet, daß sie ihn in asketischer Reue und Enigung büßen müssen?

Wenn einmal eine Frau, deren Mann eingezogen ist, sich ein Stück Kuchen kauft, weil vielleicht daheim das Brot zu knapp war oder ihr die ewigen trockenen Kartoffeln am Halse standen, dann soll ihr die Unterstützung entzogen werden? Wenn die Einigkeit ihrer düstigen, öden Hoffnung sie zu übermannen droht und die eine in einem billigen Kino für 30 Pf. etwas Herstellung erhofft und eine andre, tiefer Veranlagte, durch den Besuch eines Theaters ihrem grauen Alltag einige geistige Gehalt zu geben versucht — ist das strafliche Vergnügungsverbot? Und hat sich früher niemand von den jetzt so um das Tun und Lassen der Arbeiterfrauen besorgt, hochmögenden Damen und Herren darum gekümmert, ob dieselben überhaupt etwas anzutun hatten, so geht es sie jetzt auch nichts an, wenn die eine oder die andre in der Lage ist, sich jetzt ein billiges Häppchen zu kaufen.

Die Arbeiterfrauen kümmern sich ja auch nicht darum — und es könnte ihnen wirklich näher gehen —, daß jetzt die vielen Beamten- und sog. „besserer“ Frauen, deren Männer eingezogen sind, durch das hier weitergezogene volle Gehalt des Mannes und seine in die Hunderte monatlich gehende Lohnung draußen im Felde, wo er meist eine höhere Charge bekleidet, ein Einkommen haben, dessen Höhe schon manche von den „gebildeten“ Damen menschenfreudlich duzern ließ, wegen ihrer Krieger noch lange dauern!

Es läuft ja auch alles nur darauf hinaus, genau wie es dem Arbeitervolk überhaupt im Frieden schon immer gepredigt wurde, daß er keinen Anteil haben soll an dem, was das Leben wert macht.

und ihm Inhalt gibt, daß das alles nur da sei für die Satten, die Reichen! Und wenn einmal eine Arbeitersfrau darunter ist, die anscheinend verschwenderisch wirtschaftet, dann gibt ihr an den folgenden knappen Tagen auch keiner etwas. Und Verschwenderische soll es auch unter den „feinen“ Leuten geben, wie man aus Zeitungsberichten über die Millionen-Defraudanten lesen kann: Seine Gemahlin trug Roben aus Paris, lebte über seine Mittel... Über all diese Einzelerscheinungen im jehigen Leben der Arbeiter-Kriegerfrauen — und dies ist die Saupatsche, die hier festgehalten werden soll — verschwinden vollständig in der ungeheuren Zahl derser, bei denen die Unterstützung kaum reicht für Miete, Wassergeld, Heizung und Beleuchtung, für Verpflegung nur teilweise; die sich, kurz und treffend gesagt, durchhungen! Diese ewige Kartoffelerntahrungh, wo man, wenn auch der Magen davon vollgestopft, doch ständig fühlt, daß man nicht satt ist, d. h. der Körper nicht die erforderlichen Kartoffele erhält! Hat man sich selbst, weil schon vor dem Kriege an Einschränkung gewöhnt, auch damit abgefunden, dann drückt es einem doch immer und immer wieder das Herz, daß man seinen Kindern während des Wachstums auch nichts kräftigeres geben kann, wenn sie fragen: „Mutter, kannst du uns denn gar nicht mehr ein Ei geben oder ein Stückchen Fleisch, sondern immer nur Kartoffeln?“

Und letzten Endes noch eins: Wenn die Arbeiter-Kriegerfrauen einküpfen und Veranstaltungen besuchen, helfen sie da nicht mit am wirtschaftlichen Fortbestand des Staates, indem doch wieder andre davon leben, ihre Steuern bezahlen und Angestellte unterhielten? Gibt es wirklich keine wichtigeren Tätigkeiten, als solche wichtigen Kleinigkeiten auszugraben und aufzubauschen?

Höchst am Main.

Marie Schleeh.

Ministerialverfügung über die Unter- stützung der Kriegerfamilien.

Das soeben erschienene „Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung“ enthält den Wortlaut der Verfügung des Ministers des Innern vom 14. Oktober 1915 über die Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfamilien. Die Verfügung erlaubt so viel Güte, denen wir zukommen gestimmt können, und die Verherrigung und vor allem die Bewahrung bei den zuständigen Behörden bestreben, daß wir das Beste für sie tun.

Die Abfassung auf die außerordentliche Steigerung der Preise fast aller Lebensmittel werden sie nach § 5 des Gesetzes vom 28. Februar 1888/4. August 1914 an die Kriegerfamilien zu zahlenden Mindestsätze der Familienunterhälften für die Monate November bis einschließlich April auf 15 M. für die Ehefrauen und 7,50 M. für die sonstigen unterhaltungsfähigen Personen erhöht.

Zur die spätere Erfüllung dieser Bedürfe aus Nachmittels gemäß § 12 des Gesetzes wird Sorge getragen worden.

Die Erhöhung der Werdehälften darf von den Lieferungsverbänden nicht etwa als Nutzen angesehen werden, wenn nicht die von ihnen bisher gewährten Rücksüsse entsprechend herabgesetzt. Die Maßnahme besteht fernerwegs einer Erhöhung der Lieferungsverbindlichkeiten, sie soll vielmehr den Familien von Kriegsbeschädigten in vollem Umfang zugute kommen. Die Lieferungsverbindlichkeiten werden daher die ihnen heutzutage entzogenen Lebensmittel bis zur Erfüllung durch das Reich ganz auf sich nehmen.

Zu erwarten gibt mir die Erfahrung, daß bei den Zentralisierungen möglichst günstige Vergleichsverträge von unterhaltungsfähigen Ehefrauen und anderen Angehörigen von Kriegsbeschädigten eingehen, die nicht immer für unbedeutend erachtet werden können. Bevorzugung, emeritieren hingegen, daß eine von jeder Engstirigkeit freie Prüfung der Beschäftigtheit an eingeschlossenes Gründen ist. Nur bei wohlbedachten Prüfung der geplanten Unterstützungsanträge wird erreicht werden, daß von dem vor dem Friede liegenden Schnell der Rentabilität des jenen Rentenkreislaufes entschieden werden kann, wenn eine Engstirigkeit nicht genügend gezeigt. In vielen Fällen wird die Bevorzugung wieder hinzu an die Abschaffung und die Gewebeabgängigkeit für die Ehefrau oder sonstige Angehörige verneint. Ganz gewiß müssen diese dazu beitragen, den zum Lebensunterhalt erforderlichen Betrag möglichst rasch zu erreichen. Es darf aber hierbei nicht unter Acht gelassen werden, daß die Ausweitung der Abschaffung der Rentenkreislaufes nicht durch das Vorhandensein von Renten hindern, die der mittleren Alters nicht entsprechen können, erfordert wird. In solchen Fällen wird beobachtet, wenn nicht eine erhebliche Anzahl der Bevölkerung der Kinder möglich ist, die Unterstützung nicht unter Beweis auf die Beschäftigtheit belegt werden kann. Es darf auch nicht unter Acht gelassen werden, daß bei der langer Dauer des Krieges die Beschäftigtheit nicht nur in den Händen von Männern zur Sicherung des Rentenkreislaufes in die Entwicklung tritt, sondern just auch in der Fortentwicklung der Beschäftigung von Arbeitsmädchen oder Frauen und — beim Sieger des Krieges — von Frauenkindern. Diese Sonderart der Beschäftigung kann durch das Vorhandensein von Renten hindern, die der mittleren Alters nicht entsprechen können, erfordert wird. In solchen Fällen wird beobachtet, daß der Arbeitgeber nicht darüber weiß, daß die Beschäftigten engagiert sind für die Abschaffung, die Abschaffung gebracht, sondern als Beschäftigungen getrost werden. Die Beschäftigungen werden ebenso wie die Beschäftigten nicht sicher, wenn ja von den Familien der Kinder die einzuhaltende Rente herhalten, sondern ja von den Eltern dieses veranlassen, ihrer — wenn es möglich — in bestem Sinne — ein Leben zu gewünschen, das neben den Eltern der Kinder und die Abschaffung der Beschäftigung der Kinder durch die Mutter bei Überlebensfähigkeit des Sohnes gefährdet. Das heißt, wenn nicht unter finanziellen Hindernissen, die Kindheitstage trotz der Beschäftigung bei den eingeschlossenen Rentenverbindlichkeiten heraus nicht herausgehen werden, liegt auf der Hand.

Die Rentenverbindlichkeiten werden in der Regel aus dem an die Lieferer der Kriegsbeschädigten oder Rentner weiter zu ziehen sein, wenn diese nach § 23, 2 der Rentenabgängigkeitsordnung die ganze Rente des Rentners über ein Jahr fortwährend bezahlt wird. Bei Bezeichnung der Rentenabgängigkeit ist diese Rente in Betracht zu ziehen, um die Rente der Rentenabgängigen nicht nach dem 1. Februar 1915 zu entziehen, was nach dem 1. Februar 1915 eine Rente der Rentenabgängigen nicht mehr zu ziehen ist.

Der Rentner kann in diesem Fall eines Rentenabgängers weiter zu ziehen, wenn er einen Betrag des Rentenabgängers auf eine Rente abzieht, die er für die Rente des Rentners nicht zu ziehen ist, was in seinem Interesse vom 1. Februar 1915 nach der Rente des Rentners nicht mehr zu ziehen ist.

Um erneute die Rentenabgängen, gezielt erneut auf vorhergehende Rentenabgängen, und erneut, das ja es eine fortwährende und vorhergehende Rente der Rentenabgängen zu Rentenabgängen zu legen, damit die Rentenabgängen nicht weiterer Rentenabgängen bleibt.

Aus der Industrie

Das Prämiensystem in der chemischen Industrie.

I.

In der „Chemiker-Zeitung“ erschien im Monat August eine Abhandlung von Dr. R. Thelen in Stolberg über: „Die Arbeitserfüllung in der chemischen Industrie nach dem Kriege“. Nach der Meinung des Verfassers wird mit dem Ausleben der internationalen Handelsbeziehungen in allen kriegsführenden Ländern eine große Knappheit an Arbeitern eintreten. Die chemische Industrie habe daher alle Ursache, Maßregeln zu erwägen und durchzuführen, welche geeignet sind, einen Arbeiterersatz oder eine Arbeiterersparnis durchzuführen. Hierzu macht er verschiedene Vorschläge.

Der erste seiner Vorschläge erwähnt die weitere Mechanisierung der Arbeit und die Anwendung von Apparaten in noch größeren Dimensionen als sie bisher üblich waren, um mit wenigen Kräften große, in der Produktion sich befindliche Mengen überwachen zu können. Der zweite Vorschlag befaßt sich mit Erwerbung der Frau- und Kinderarbeit. An Hand einer Statistik weist er nach, daß in den Industriezweigen, wo verhältnismäßig viel kleine Teile der Gesamtproduktion verpackt in den Handel kommen, die Zahl der Arbeiterinnen recht groß ist. Dieser Umstand trifft zu auf Licht- und Seifenfabriken, auf die chemische Präparate-Industrie und auf die Sprengstofffabrikation. Eine weitere Ausdehnung der Frauenarbeit sei einmal infolge des Verbotes der Nacharbeit für Frauen in kontinuierlichen Betrieben nicht möglich. Außerdem verbietet sich die Verwendung von Arbeiterinnen von selbst bei solchen Beschäftigungsarten, wo an die körperliche Leistungsfähigkeit, an Geschicklichkeit und Ausführungsfähigkeit an die zu bedienende Apparatur größere Anforderungen gestellt werden. Die Ausdehnung der Arbeit jugendlicher Personen sei infolge geringerer körperlicher Leistung und mangelnden Verantwortungsfähigkeitsgefühls nicht zu befürworten.

Ein dritter Vorschlag beschäftigt sich mit der Heranziehung von Arbeitern aus den heutigen russischen und österreichischen Grenzgebieten. Nach seiner Meinung dürften sich aus diesen Personen keine sehr harten Arbeitkräfte gewinnen lassen und außerdem würde sich die Beschäftigung landwirtschaftlicher Arbeiter beim Gelingen der Selbstversorgung recht schwierig gestalten. Nebrigens würde der auf niedrigster Kulturstufe stehende russisch-polnische Arbeiter keineswegs den deutschen Arbeiter erscheinen. (Die letzte Aussöhnung ist, allgemein genommen, richtig; dagegen dürfte das Urteil über die Sephaschau nach daneben treffen. Bis jetzt hat man ja solche Arbeiter geschickt gewünscht, alljährlich auf kurze Zeit Deutschland zu verlassen. Bei auskömmlicher Bezahlung und entsprechender Behandlung und bei Unterlassung des Landesverteidiges — übrigens eine Frage, die jetzt anders gelöst werden wird — dürften sich aus dem „Nomadenvolk“ sephäste Industriearbeiter entwickeln.)

Der letzte Vorschlag läuft auf eine Erhöhung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Arbeiters hinaus. Diese soll durch das System Taylor erreicht werden, d. h. den Arbeitern sollen durch „betriebsfundierte Wissenschaftler“ die absolut nötigen Handgriffe und Bewegungen bei ihren Arbeitsleistungen beigebracht und damit das zu leistende Arbeitsquantum gesteigert werden, ohne daß angeblich eine besondere Überanstrengung der Arbeiter eintreten würde. Auf dem Papier bzw. in der Theorie nimmt sich das Taylor'sche System ganz schön aus. In der Praxis bringt es unserer Aussicht nach auch für die chemische Industrie keine besonderen Vorteile, da die zugehörigen Arbeitsleistungen meist so hoch geprägt sind, daß auch beim Taylor'schen System so gut wie nichts mehr herausgeholt werden kann. Thelen weiß, daß chemische Reaktionen, die doch entscheidend für den Gang der Produktion sind, sich an Belebung der Arbeitsleistungen nicht im mindesten fören. Er schiedet deshalb die Arbeiter in Überwachungs- und Bedienungsgruppen. Die Überwachung wird Arbeitern nur in wenigen Fällen überlassen, dagegen ist die Zahl derser, die überwachen und bedienen, erheblich größer und die Zahl der nur bedienenden Arbeiter am größten. Für letztere fordert er das Taylor'sche System. Zur Durchführung desselben müßte jedoch die Eindämmung des Arbeitervonjells, der immer noch 70 Prozent beträgt, herbeigeführt werden. Thelen vermeidet jedoch zu sagen, welche Ursachen Ansatz zum Arbeitervonjell geben, und überläßt diese „Herausarbeit“ anderen Berufsgewerben.

Thelen vermeidet jedoch zu sagen, welche Ursachen Ansatz zum Arbeitervonjell geben, und überläßt diese „Herausarbeit“ anderen Berufsgewerben. Die Verwaltungstechnischer und sozialer Begehrung, die ihm demnach fehlt. Nach unserer Aussicht bedient es zur Vereinfachung der Umschärfen des großen Arbeitervonjells solcher Eigenschaften in hervorragendem Maße keinesfalls. Ein kurzer Leporello unter Arbeitern in den Betrieben der chemischen Industrie hätte genügt, die Wahrschheit darüber zu erfahren. Man hätte dem Besitzer mitgeteilt, daß der Arbeitervonjell nicht in allen Betriebsteilungen gleich ist, daß vielmehr nicht wenige Arbeiter vorhanden sind, die hoch bezeichneten Entlohnungen schon jahrelang im Betrieb tätig sind, weil ihnen die Arbeit in der Abteilung zusagt. Sicherlich hätte er aber auch erfahren können, daß in einer Anzahl Betriebsteilungen die Mehrzahl der Arbeiter trotz gleicher Lohnhöhe häufig wechselt, weil sie die Arbeit auf die Dauer nicht ertragen können. Die Leistungsfähigkeit des zu verarbeitenden Produktes, wie flüssiges Blei, Jod und Brennen der Haut, Hautanschläge gegen und bösartigen Charakter, bestrenger oder übler Geruch, Zahnschäden durch Säuren, Vergiftungen, Hautfärben und andere üble Umstände mehr, machen die Arbeit zur unerträglichen Last. Wenn dann dazu noch großer Berücksicht der Arbeitersiedlung tritt und in keinem Verhältnis zur Lebenshaltung stehende Löhne gezahlt werden sowie schlechte Behandlung der Arbeiter dazu kommt, so ist es kein Wunder, wenn der bei angehender Beschäftigung gut bezahlte Direktor des Betriebes so viele Lehre im Betrieb verbleibt wie mancher Arbeiter Stunden im gleichen Unternehmen tätig ist. Hier liegt des Übel's Burzel, an deren Anstellung Herr Thelen bei einigermaßen guten Willen herangehen könnte. Mit Vogelschaupolitik wird allerdings den Unterschwestern nicht zu nahe getreten, aber auch nichts zur Beleidigung des hohen Arbeitervonjells gelan.

Hierzu steht in der Tat eines Gesprächs beratend gegenüber, daß eben auf Grund der Zeiterhaltung eines zweiten Dienstes und einer Steuerabgabe die Kosten der Sicherheit noch nicht zu kontrollieren ist. Es gilt hier deshalb, was in einem Briefe vom 3. Februar 1915 von der Rüstung zum Reichstag geschildert wurde: „Es kann also nicht die Kosten der Sicherheit auf die Kosten der Rüstung gelegt werden.“

Wir erwarten die Rüstungsministerie, spätestens erst am vorliegenden Montagmorgen, nach zu erwarten, daß es ja eine fortwährende und vorhergehende Rüstung der Chemie zur Gewinnsteuerabgabe erfordert bleibt.

Hierzu steht in der Tat eines Gesprächs beratend gegenüber,

Arbeiterbedarf und recht kostspielige Aufsicht auch dann erforderlich, wenn es schließlich den Leuten in Fleisch und Blut übergegangen erscheint. In der chemischen Industrie könnte es höchstens in rein mechanischen Betrieben, bei Heranbildung des Materials und Verarbeitung der Fabrikate in Frage kommen. Die eigentliche chemische Arbeit hängt ab von den Rohmaterialien, die zur Reaktion gebracht werden. Diese jedoch stehen außerst selten dauernd völlig gleichmäßig zur Verfügung. Die geistige Anpassungsfähigkeit der arbeitenden Massen im Zusammenarbeiten mit der Zeitung allein kann und muß die Besonderheiten des Materials während des Prozesses ausgleichen verstehen.“

Seine Vorschläge über die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und die Belebung des Arbeitermangels bringen zwar nichts Neues, sondern beweisen lediglich, daß er mit den Eigenschaften und Erfahrungen eines Praktikers an die Lösung des Problems herangehen will, ohne den Unternehmern besonders wehe zu tun: Er will die Arbeiter an der Größe der Leistung beteiligen dadurch, daß zum festen Lohn Prämien system geahnt werden. Zur Feststellung der Prämiensumme soll mit den von den Arbeitern gewählten Vertretern in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßige Inventur über das verarbeitete Rohmaterial aufgenommen werden. Zur Einführung des Verfahrens läßt der Betriebsführer die nur im Lohn beschäftigten Arbeiter unter sachgemäßer Aufsicht in einer bestimmten Zeit Waren produzieren und berechnet dann die darauf verwandte Lohnsumme. Diese Feststellung dient ihm nun als Ausgangspunkt einer Berechnung mit den beschäftigten Arbeitern. Er legt Ihnen nahe, daß bei besserer Aufmerksamkeit sich manche Störungen im Produktionsprozeß vermeiden lassen. Für die erzielte Mehrleistung wird eine Prämie an die ganze bei der Verarbeitung beteiligte Arbeiterschaft geahnt in der Weise, daß der anfallende Betrag auf die einzelnen Stationen gruppen der beteiligten Arbeiterschaft im Verhältnis der zurzeit der Vereinbarung gezahlten Lohnsummen verteilt wird, einerlei, ob die betreffende Stationsgruppe g. r. s. oder kleiner wäre. Die Auszahlung soll getrennt von den Lohnzulagen monatlich erfolgen. Die Gruppenvorarbeiter erheben die angewiesenen Summen an der Werkslasse und verteilen sie mit Einschluß ihrer selbst gleichmäßig an die Gruppe. Die Berechnung der auf ein bestimmtes Quantum Produkt entfallenden Prämiensumme ist im Interesse der Wirkung so günstig wie möglich für die Arbeiter festzusetzen.

Geschäftsergebnisse aus der chemischen Industrie.

Recht kräftig hat der Krieg bei der chemischen Fabrik in Hönningen zu Buche geschlagen. Das Unternehmen, welches an der Hönninger Sprudel-Gesellschaft, an der chemischen Fabrik Karl Raspe, der chemischen Farbenfabrik Dr. Graß in Aschaffenburg beteiligt ist und außerdem in Reinholdsdorf Fabrikantlagen besitzt, steigerte seinen Gewinn von 0,86 Millionen Mark trop erheblicher Abschreibungen auf 2,74 Millionen Mark. Von dieser Summe werden 44.612 M. dem Arbeitersunterstützungsfonds, 33.285 M. dem Beamtenunterstützungsfonds, 400.000 M. dem Erneuerungsfonds, zugewiesen, 50.000 M. für eine Kriegsreserve und 10.000 M. Mark für Kriegswohlfahrtswelle verbraucht. Die Tantiemen an Aufsichtsrat, Vorstand, Beamte und Arbeiter betragen 40.000 M. Mark; davon darf sie recht wenig auf die Arbeiter entfallen. 1,125 Millionen Mark werden als flüssigprozentige Dividende, gegen 1,2 Prozent im Vorjahr, verteilt und 377.550 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Unter solch günstigen Umständen wäre es wirklich angebracht, daß die dort beschäftigten Arbeiter sich organisieren und ihren Anteil in Form höherer Öffnungsforderungen — Weniger gut gestaltete sich das Ergebnis der Vereinigten Farbenwerke, A.-G., in Kassel, die einen Zweigbetrieb in Wunsiedel besitzen. Mit Eintreten des Krieges kam es fast zur Stilllegung aller Betriebe. Nach kurzer Unterbrechung wurde die Produktion wieder aufgenommen. Gegen Schluß des Jahres 1914 hob sich das Verhandelsgeschäft nach den Vereinigten Staaten, es wurde jedoch bald durch englische Maßnahmen gänzlich unterbunden. Nach Abzug aller Unlosten verblebt entsprechend des Vortrags ein Überzugs von 31.296 M. Nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 29.364 M. verbleben 1912 29.750 Mark Bruttoeinnahmen, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. — Die chemischen Werke Reisholz, A.-G., Düsseldorf, verzeichneten für 1914 einen Verlust von 20.617 M. Die Unterbringung steigt damit bei 1 Million Aktienkapital auf 990.000 M. Der Bruttogewinn der Konkurrenz der Alliatiwerke Westeregg sank von 3,94 auf 2,93 Millionen M. Die Umläufe liegen wesentlich im Abzugsrückgang. Für Abschreibungen werden 1,24 Millionen Mark verbraucht. Der Reingewinn ging von 2,59 Millionen auf 1,28 Millionen Mark zurück. Auf die Vorzugsaktien entfallen 4½ Prozent, auf die Stammaktien 5 Prozent Dividende, gegen 13 Prozent im Vorjahr. — Die chemischen Fabrik Hardtburg-Stadt führt jedoch wieder 8 Prozent Dividende vor.

Die Bülfing-Dahl-u.-Co.-A.-G. in Barmen steigerte ihren Fabrikationsgewinn von 700.683 M. auf 815.254 M. Nach Abzug von 338.575 M. Handlungszulisten und 169.920 M. Abschreibungen verblebt einschließlich 100.548 M. Vortrag 407.306 M. Reingewinn. Im Vorjahr betrug letzter 255.548 M. Die Dividende wird von 5½ auf 8 Prozent erhöht und 175.000 M. werden der Neuabsatzreserve überwiesen. Das Kriegsjahr 1914/15 hat demnach sehr günstig auf das Geschäftsergebnis eingewirkt. — Die chemischen Werke vom A. Heinrich Wyk in Oranienburg, welche in Friedenszeiten oft an schlechten Geschäftsergebnissen krankten, konnten ihren Reingewinn von 135.380 M. auf 202.964 M. steigern. Mit Rücksicht auf die Unwägbarkeit, wie sich infolge des Krieges die Verhältnisse der Schuhbauer der Firma im Auslande gestalten werden, beantragt die Verwaltung 150.000 M. vom Reingewinn abzuschreiben und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen. — Die Augs-Bergen-A.-G. für Stofffabrikation und chemische Industrie in Köln erzielte im Jahre 1913 ein ungünstiges Ergebnis. Sie zogte ihre Dividende von 14 auf 4 Prozent herabsetzen. Das Jahr 1914 brachte einen Reingewinn, der zu Abschreibungen und Rückstellungen verbraucht wird.

Kriegsgewinne der Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien.

Der Geschäftsbericht der Ver. Gummiwarenfabriken Harburg-Wien enthält die Wendung: „In dem abgelaufenen 43. Geschäftsjahr halten wir vorleß elf Monate unter den Einwirkungen des Krieges zu leiden.“ Wenn man sich desgegen das Geschäftsergebnis dieses Jahres betrachtet, kann von dem Ausdruck „leiden“ nicht die Rede sein. Der im Vorjahr „nur“ 763.000 M. betragende Reingewinn stieg während der Kriegszeit auf 882.109 M. Die Abschreibungen liegen von 637.371 M. auf 735.585 M. Für die zum Kriege eingerufenen Arbeiter wurden 145.000 M. als Unterhaltungsgelder verbraucht. Das gute Gewinnzustand entstand aus großen Beständen von Rohmaterialien sowie Halb- und Fertigfabrikaten, die in großen Posten aus dem vorhergegangenen Geschäftsjahr am Lager waren und infolge der durch größere Heereslieferungen verbraucht allgemeinen Preissteigerung günstig abgezogen werden konnten. Auf das Aktienkapital kommt 5 Prozent Dividende und 3 Prozent Superdividende zur Auszahlung. Der Aufsichtsrat bekommt 56.210 M. Renten. Über die finanziellen Belastungen an anderen Betrieben wird mitgeteilt, daß die Internationale Galalith-Gesellschaft Hoff u. Co. bedeutende Betriebszinsänderungen vornahm, weil der Verband infolge unterbundener Exportgelegenheiten nach den überseeischen Ländern ganz steht. Das Unternehmen braucht trotzdem noch einen betriedigen Betrieb. Die Harburger chemischen Werke Schön u. Co. haben den Betrieb fast ganz

eingezogen. Eine Wiederannahme wird wohl erst nach Friedensschluß möglich sein. Mit der in London bestehenden Fiktiose fehlt jede Verbindung, so daß das Geschäftsergebnis wieder nicht mit berücksichtigt werden könnte.

Zuckerpreise und Unternehmergevinne.

Dem „Berl. Vol.-Urz.“ wurde kürzlich geschrieben:

Von den Lebensmitteln, die in Deutschland erzeugt werden, gehört natürlich der Zucker zu denjenigen, woran wir großen Überschub haben. Deutschland ist nicht in der Lage, annähernd soviel Zucker zu verbrauchen, wie es erzeugt, und wiederholt haben sich Regierungsspitzen verneinen lassen: die Bevölkerung möge mehr Zucker essen, der Überschub sei groß, zumal der Export vielfach unterbunden ist. Die Rübenrente war im Vorjahr außergewöhnlich groß und ergiebig; in diesem Jahre verspricht sie einen Rekord-ertrag zu liefern. Trotzdem ist der Zucker, an dem wir einen so großen Überschub im Lande haben, seit dem vorigen Jahre um über 25 Prozent im Preise gestiegen. Im Berliner Kleinhandel kostete der Zucker vor dem Kriege das Pfund rund 22 Pf., jetzt rund 30 Pf. Warum? — Nun das Gegenbild. Die größte Zuckerraffinerie befindet sich in der Altmark. Sie zahlte 20 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im vorhergehenden Jahre. In diesem Jahre verlautet noch nichts Näheres über die Dividende, doch wird ein geradezu fabelhafter Satz genannt. Die Fabrik hat dabei billige Arbeitskräfte; in der gewaltigen Raffinerie arbeiten Hunderte von Russen. Billige Arbeitskräfte, ungeheuer viel Rüben, ungeheuer viel Zucker — und trotzdem Preistreiberei!

Soweit die Anschrift des „Volksanzeigers“. Mit der Fabrik in der Altmark kann nur die Zuckerraffinerie Langemünd gemeint sein, die in den letzten drei Jahren 10, 20 und 15 Prozent Dividende ausgeschüttet und voraussichtlich auch im Kriegsjahr glänzende Geschäfte machen wird. Damit steht sie jedoch nicht allein. Die meisten Zuckerraffinerien und Raffinerien können, da der vorrömischen Zuckerpolitik der Regierung, eine starke Steigerung ihrer Gewinne buchen. Nachstehende Tabelle, in der für eine Anzahl Zuckerfabriken die Gewinne und die Dividenden für 1915 der für 1914 gegenübergestellt sind, zeigt das.

Es erzielten Gewinne und verteilten Dividende:

	Gewinn (Mark)		Dividende (Prozent)	
	1915	1914	1915	1914
Aktien-Zuckerfabrik Wettberg, Friedberg	105 000	10 000	5	0
Berl. Trachtenberger Zuckerfabrik	143 000	218 000	4	0
Zuckerfabrik Alz-Fauer	—	—	7½	4
Röhriger Zuckerfabrik	—	—	8	6
Aktien-Zuckerfabrik Neuwerk bei Hannover	179 000	102 000	9	6
Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.	512 000	114 000	12	4½
Aktien-Zuckerfabrik Bremgarten, Hannover	—	—	12	5
Aktien-Zuckerfabrik Bauerwitz	—	—	12	0
Zuckerfabrik Brühl A.-G., Brühl	352 000	86 000	14	4
Zuckerfabrik Union A.-G., Palorsch	217 000	99 000	14	2
Zuckerfabrik Bruchwitz	567 000	169 000	15	0
Zuckerfabrik Fröbeln A.-G., Fröbeln (Braunschweig)	—	—	16	11
Zuckerfabrik Glatzig	1 481 000	414 000	20	8
Zuckerfabrik Bieczeslawice A.-G.	—	—	21	5
Zuckerfabrik Kujawien	—	—	29	15
Zuckerfabrik Luezno	509 000	307 000	30	15
Zuckerfabrik Schröda	—	—	40	24
Zuckerfabrik Riesenburg	25 500	43 000	5	0
Zuckerfabrik Demmin	470 000	225 000	15	10
Zuckerfabrik Breslau	437 000	273 000	18	14
Zuckerfabrik Drosel	48 800	23 500	4	2

Die hier angeführten Fabriken haben sämtlich eine Steigerung ihrer Gewinne zu verzeichnen. Bei einigen ist diese Steigerung geradezu enorm zu nennen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gewinne der Zuckerraffinerien zu einem erheblichen Teil in anderer Form ausgeschüttet werden: nämlich als Nachzahlung auf die angeschafften Aktienraten. Das ist wenigstens bei fast alle den Gesellschaften der Fall, bei denen sich die Aktien zu einem erheblichen Teil in den Händen der Rübenliefernden Landwirte befinden, also bei fast allen ländlichen Rohzuckerfabriken. Trotz dieser Renditeauschüttungen, trotz starker Rückstellungen und Reserven sind noch Gewinnsteigerungen von 100 Prozent und mehr zu verzeichnen. Das sind fürwahr Gewinne, die in keiner Weise gerechtfertigt werden können. Der Bevölkerung wird der Zucker um 50 Prozent im Preise heraufgetrieben, damit eine Handvoll Aktionäre doppelt soviel Dividende einstreichen kann als in Friedensjahren. Für solche Patrioten tragen sich die wirtschaftlichen Folgen des Krieges freilich leicht. Sie leiden nicht unter der Teuerung; die können händereibend auf ihren schwelenden Säcken schauen, wenn das Volk händereibend nach Brot fährt. Ja, ja, selbst in der schweren Zeit des Krieges gilt die leichte Weisheit: Was den einen finnt, ist, ist den andern finftig.

Weibliche Maschinenführer?

Zu dem Branche, jugendliche Arbeiter an den Maschinen der Papierfabrikation zu beschäftigen, hat sich nun auch noch die Sehnsucht nach weiblicher Bedienungsmautigkeit hinzugefügt. Bislang wurden dieselben nur zum Vorentagen an Dienstleistungsfähigen und bei einigen Firmen noch zur Bedienung der Prägefahnen verwendet. Die Arbeit an den Papiermaschinen ist allein schon wegen ihrer schnellen Gangarten für Arbeiterinnen sehr gefährlich, ganz abgesehen davon, daß sie im allgemeinen für weibliche Personen auch viel zu schwer und zu aufregend ist. Trotzdem scheinen sich einige Fabrikanten mit dem Gedanken zu beschäftigen, Arbeiterinnen an Maschinen zu verwenden, die bisher ausschließlich von Arbeitern bedient wurden. Die Papiermarkenbergs-Genossenschaft scheint die Geschäftlichkeit dieses Planes einzuschätzen, denn sie wendet sich mit folgender Befannmachung an die Fabrikanten:

Befannmachung.

Die Unfallverhütungsvorschriften unserer Genossenschaft enthalten kein ausdrückliches Verbot der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte an Papier- und Pappemaschinen, jedoch ist kein Zweifel, daß aus einer solchen Beschäftigung große Unfallgefahren erwachsen und dieselbe daher unter gewöhnlichen Verhältnissen unzulässig ist. Um bei vor kommenden Unfällen der Gefahr einer Haftbarmachung oder strafrechtlichen Verfolgung vorzubeugen, empfehlen wir unseren Mitgliedern, vor der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte an Papier- und Pappemaschinen die Zustimmung des Genossenschafts-Vorstandes hierzu einzuholen. Befannmachung für diese Zustimmung ist, daß nur erwachsene Arbeiterinnen verwendet werden, die Beschäftigung lediglich an langsam laufenden Papier- und Pappemaschinen erfolgt und die Arbeiterinnen, gleich wie die an Maschinen beschäftigten Männer gemäß § 46 der Unfallverhütungsvorschriften eng anliegende Kleider tragen.

Des weiteren wird empfohlen, sich des Einverständnisses der zuständigen Gewerbeinspektion zu verschaffen.

Mainz, den 27. Oktober 1915.

Der Genossenschafts-Vorstand.

M. Schinkel.

Der Genossenschafts-Vorstand ist also bereit, die Beschäftigung von Arbeiterinnen an langsam laufenden Papier- und Pappemaschinen zu genehmigen, wenn für dieselbe vorher bei dem Genossenschafts-Vorstand und den Gewerbeinspektionen die Zustimmung eingeholt wird. Wie hoffen, daß die Gewerbeinspektionen selbst an langsam laufenden Maschinen die Genehmigung zur Beschäftigung von Arbeiterinnen verweigern werden, eben die Beschäftigung an diesen Maschinen zu gefährlich ist. Gibt doch selbst der Genossenschafts-Vorstand in seiner Befannmachung zu, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen an den Papiererzeugungsmaschinen unter gewöhnlichen Verhältnissen unzulässig ist — d. h. in diesem Zusammenhang gefährlich ist. Unter solchen Umständen würde aber das Leben und die Gesundheit der Arbeiterinnen frevelhaft aufs Spiel gesetzt werden, wenn die Unternehmer die Bewilligung erhielten. Der Genossenschafts-Vorstand hat ja indirect schon die verbotene Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an den gefährlichen Papiererzeugungsmaschinen gestattet. Ist das noch nicht genug?

Die Papierarbeiter und -arbeiterinnen haben alle Ursache, sich gegen die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern an den gefährlichen Papiermaschinen zu wehren, denn die seien dabei ihre Gesundheit und ihre heilen Glieder noch viel mehr aus Spiel als die erwachsenen Arbeiter, die mit den Gefahren vertraut sind und trocken ihnen noch oft genug zum Opfer fallen.

Unfälle in der Papierindustrie.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Papierfabrik Kappelitz. Der Fabrikarbeiter Joseph Biens aus Giblau, Kreis Neustadt (O.-E.), bediente den in der Fabrik im Betrieb befindlichen automatischen Fahrstuhl. Hierbei geriet er mit dem Kopf zwischen Fördertrichter und Schutzvorrichtung und wurde hochgeschwungen. Kurze Zeit darauf wurde Biens oben hängend tot aufgefunden.

Kürzlich verunglückte der im Betriebe der Firma Gebr. Biermann, Gr.-Mühle, beschäftigte Holzsägleiter August Bennewitz aus Pouq. Er geriet im Maschinenraum in den Treibriemen und wurde mehrere Male herumgeworfen. Der lebensgefährlich Verletzte wurde in das Kreiskrankenhaus aufgenommen.

In der Dietrichschen Papierfabrik Königsmühle verunglückte ein aus Leipzig gebürtiger Arbeiter dadurch lebensgefährlich, daß er in das Getriebe der Transmission geriet und mehrere Male herumgeworfen wurde.

1½ Millionen Mark Verlust bei der Elberfelder Papierfabrik.

Die Elberfelder Papierfabrik A.-G. hat im Kriegsjahr 1914/15 abermals mit Verlust gearbeitet. Der Verlust beläuft sich für das abgelaufene Geschäftsjahr auf 1 269 523 M., und erhöht sich unter Berücksichtigung des Verlustvortrags aus den Vorjahren auf 1 448 536 M., so mit ist mehr als die Hälfte des 2 400 000 M. betragenden Aktienkapitals verloren. Das Unternehmen hat eine wechselseitige Vergangenheit hinter sich. Im Jahre 1886 wurde es unter der Firma Hodendorfer Papierfabrik A.-G., vorm. Drache u. Co., in Altenburg gegründet. 1899 wurde der Betrieb unter der jetzigen Firma nach Elberfeld verlegt. Im selben Jahre gingen die Anlagen in Hodendorf, Körbiseldorf und Freiburg an der Rhei in den Besitz der Simonianischen Zellulosefabriken, A.-G., in Wangen im Allgäu über. Nur die Papierfabrik Neu-Weizenbach bei Berlin blieb im Besitz der Elberfelder Papierfabrik, doch wurde dieselbe bereits 1900 anderweitig wieder verkaufen. 1904 errichtete die Firma in Bielefeld bei Berlin eine Fabrik. Mit der Errichtung der Bielefelder Werke, deren Gelände angeblich viel zu teuer von einem Großaktionär erstanden wurde, begann der Zusammenbruch der Firma. Von der Entstehung der Elberfelder Firma bis zur Errichtung von Bielefeld geheört das Unternehmen zu den rentabelsten Werken der Papierfabrikation. Die Dividenden des Unternehmens stiegen von 7½ Prozent im Geschäftsjahr 1899/1900 bis auf 20 Prozent im Jahre 1903/04; im darauffolgenden Jahre wurden nochmals 7 Prozent ausgeschüttet; von da an gingen die Aktionäre leer aus. Interessant ist, daß die Firma die Säule an ihrem Geschäftsvorstand 1911/12 in Höhe von 646 035 M. dem Streit der Standarbeiter auf Elberfelder Werk in die Schuhe schob. Obwohl die Firma in den letzten Jahren von Arbeiterausständen berühmt blieb, ist sie doch immer mehr ihrem Ruf entgegengegangen. Da nun aber die Säule nicht mehr der bösen, streitlustigen Arbeiterschaft in die Schuhe geschoben werden kann, wäre es für die Gesellschaft doch wissenswert, die Ursachen der enormen Defizite lernen zu lernen. Im Geschäftsjahr 1912/13 erhöhte sich der Verlust auf 1 789 312 M. Derselbe wurde durch Zusammensetzung der Stammaktien von 10 zu 1 und der Vorzugsaktien von 4 zu 1. Das Aktienkapital wurde auf 859 000 M. erhöht und nach Durchführung der Sanierung wieder auf 2 400 000 M. erhöht. Im folgenden Jahre verlor die Verwaltung des Werkes erneut eine Sanierungsaktion durchzuführen, fand aber bei den Aktionären keine Gegenliebe, weshalb der Plan nicht verwirklicht werden konnte. Die Gesellschaft, die im Vorjahr immer noch 828 978 M. Kapitalisationsgewinn erzielte, erreichte im Kriegsjahr 1914/15 einen Kapitalisationsverlust von 157 231 M., der sich durch Abschreibungen um auf die eingangs angegebene Summe erhöhte. Von der Verwaltung wird die Säule des Kriegsverhältnisses aufgefürbt, durch die angeblich nur 28 Prozent der vorjährigen Produktion erreicht werden konnten. Um die neue Sanierungsaktion des Unternehmens zu erleichtern, wurde das Unglück und der Gesellschaft verpaßt. Die Aktionäre der Gesellschaft werden wohl oder nein noch einmal tief in ihre Taschen greifen müssen, wenn sie ihre eingesetzten Kapitalien nicht ganz flöten gehen lassen wollen. Als Leibträger soll unter andern auch die Zellstofffabrik „Waldhof“ in Mannheim mit in Frage kommen.

Die hier angeführten Fabriken haben sämtlich eine Steigerung ihrer Gewinne zu verzeichnen. Bei einigen ist diese Steigerung geradezu enorm zu nennen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gewinne der Zuckerraffinerien zu einem erheblichen Teil in anderer Form ausgeschüttet werden: nämlich als Nachzahlung auf die angeschafften Aktienraten. Das ist wenigstens bei fast alle den Gesellschaften der Fall, bei denen sich die Aktien zu einem erheblichen Teil in den Händen der Rübenliefernden Landwirte befinden, also bei fast allen ländlichen Rohzuckerfabriken. Trotz dieser Renditeauschüttungen, trotz starker Rückstellungen und Reserven sind noch Gewinnsteigerungen von 100 Prozent und mehr zu verzeichnen. Das sind fürwahr Gewinne, die in keiner Weise gerechtfertigt werden können. Der Bevölkerung wird der Zucker um 50 Prozent im Preise heraufgetrieben, damit eine Handvoll Aktionäre doppelt soviel Dividende einstreichen kann als in Friedensjahren. Für solche Patrioten tragen sich die wirtschaftlichen Folgen des Krieges freilich leicht. Sie leiden nicht unter der Teuerung; die können händereibend auf ihren schwelenden Säcken schauen, wenn das Volk händereibend nach Brot fährt. Ja, ja, selbst in der schweren Zeit des Krieges gilt die leichte Weisheit: Was den einen finnt, ist, ist den andern finftig.

Alkohol in Ziegeleien.

Ohne Zweifel ist der Alkoholgenuss in den Ziegeleien in den letzten Jahren dauernd und erheblich zurückgegangen, insbesondere dort, wo der Verband Eingang gefunden und Einfluss gewonnen hat. In manchen Betrieben, wo es früher gewissermaßen als Ehrengabe galt, täglich eine gewisse Menge an Alkohol zu konsumieren, wird heute nur noch ausnahmsweise getrunken. Vor allem ist der Schnapsgenuss eingestellt. Vor zwei Jahrzehnten noch wurde verspottet, wer nicht seine Flasche zur Hand hatte. Heute föhlt sich jeder Säufer zur Seite, wer einen Zug daraus unwill. Das heißt, nicht überall, sondern eben nur dort, wo die gewerkschaftliche Organisation eingedrungen ist, Aufklärung über die schädlichen Wirkungen des Alkohols verbreitet und Interesse für weibliche Lebensgenüsse geweckt hat. Da, wo der Einfluß der Gewerkschaftsgesellschaften ausreichend ist, verhält sich die Ziegelei entsprechend. Die Aktionäre der Gesellschaft werden wohl oder nein noch einmal tief in ihre Taschen greifen müssen, wenn sie ihre eingesetzten Kapitalien nicht ganz flöten gehen lassen wollen. Als Leibträger soll unter andern auch die Zellstofffabrik „Waldhof“ in Mannheim mit in Frage kommen.

Es ist deshalb immer wieder nötig, auf die schädlichen Wirkungen dieses Getränks hinzuweisen und die irrigen Anschauungen über den Wert des Alkohols als Nähr- und Kräftigungsmittel zu bekämpfen. Tatsächlich haben zahlreiche Untersuchungen, die man in den letzten Jahren angestellt hat, erwiesen, daß der Alkohol nicht nur keinen Ruhewert besitzt, sondern sogar die Leistungsfähigkeit der Muskeln herabsetzt. „Schwere Arbeit“, so sagt Professor Kepplerlin die Ergebnisse der im Laboratorium der psychiatrischen Klinik zu Heidelberg ausgeführten Untersuchungen, zusammen, „wird durch Alkohol nicht erleichtert, sondern erschwert...“. Gerade der Arbeiter, der seinen Lebensunterhalt durch die Kraftleistung seiner Arme gewinnt, zerstört durch den Alkoholgenuss die Quelle seiner Leistungen am gründlichsten.“

Nicht nur die in den Laboratorien angeführten Versuche, sondern auch Erfahrungen, die man im Heer und in der Marine und bei Forschungsanstalten, beim Sport und im praktischen Leben gemacht hat, beweisen, daß der Genuss des Alkohols die Leistungsfähigkeit herabsetzt und geradezu eine lärmende Einwirkung auf sie hat. Einen Beweis hierfür liefert eine einer Ziegelei in Würzburg (England) angefertigte Beobachtung. Dort arbeiten zwei Abteilungen, von denen die eine sich des Alkoholgenusses

ganz enthielt, während die andre häufig Bier trank. Nach Ablauf des Jahres wurde festgestellt, daß jeder im Alkohol in der Arbeitszeit 7 954 000 Biere legt, jeder Biertrinker nur 760 269 Biere hergestellt hatte. Wie nachhaltig der Alkoholgenuss auch auf die geistige Tätigkeit einwirkt, ist ebenfalls durch eine Reihe von Versuchen nachgewiesen worden. Es wurde zum Beispiel die Faßt der in fünf Minuten mit deutlicher Bezeichnung gelesene Silben geprüft und die Faßt der Wiederholungen, die sonstig ist, um zwölftägige Zahlenreihen auswendig zu lernen. Über das Ergebnis dieser Untersuchungen berichtet Dr. med. Hoppe in seiner Schrift „Schätz der Alkohol: die Leistungsfähigkeit des Menschen?“ folgendes: „Nach mittleren Gaben von 30 bis 60 Gramm Alkohol, entsprechend etwa 1 bis 1 Liter Bier, ergab sich bei allen geprüften geistigen Funktionen eine deutliche Minderleistung bzw. Erkrankung, die je nach der Zeitspanne nach den einzelnen Personen verschieden stark war und mit der Größe der Gaben zunahm, um etwa 40 bis 60 Minuten anzuhalten. Nach noch größerer Gaben von 60 Gramm (etwa 1½ Liter Bier) dauerte die Lähmung der geistigen Tätigkeiten ein bis zwei Stunden.“ Auch die allgemein verbreitete Annahme, daß der Genuss von Alkohol auf die geistige Tätigkeit der Gelehrten, Schriftsteller, Künstler usw. anregend einwirkt und sie schöpferisch beeinflusst, ist durch die Erfahrungen einer großen Anzahl aus ihren Reihen widerlegt worden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Zusammenarbeit der Gewerkschaften aller Richtungen.

Wir haben wiederholt und eingehend berichtet über die Anregungen und die Beziehungen, ein beigesetztes Zusammenschließen der Gewerkschaften zu ermöglichen. Sehr viel herausgekommen ist bei solchen Anregungen bisher nicht. Die Anregungen der Zentraleitung der Hirsch-Dunckerseiten Gewerkschaften haben zwar Meinungsverschiedenheiten ausgelöst, aber noch nicht zu Vereinbarungen irgendwelcher Art geführt. Der Aufruf zu einem Bündnis, den Genossen Albrecht, der Redakteur der „Gärtnerzeitung“, veröffentlichte, hat, soweit es sich von uns aus beurteilen läßt, bei den angrenzenden Verbänden nur mehr oder minder zusammenhängende Erklärungen ausgelöst, aber kein offenes, unverkennbares Bündnis. Mit solchen vorläufigen Erfolgen ist natürlich die Frage, ob eine gemeinsame Vereinbarung möglich oder zweckmäßig sind, nicht entschieden. Jedoch ist damit die große Schwierigkeit, solche Vereinbarungen zu stande zu bringen, stark unterschritten. Leichter und nicht ohne Vorbild aus vorangegangener Zeit sind Vereinbarungen von Fall zu Fall. Solche sind in der letzten Zeit mehrere zu verzeichnen.</

Vöhne, welche diese Fabrik zahlt, weichen aber erheblich von den Löhnern der andern Betriebe ab. Es werden in dieser Fabrik die niedrigsten Löhne der ganzen Stadt gezahlt. Neueingestellte Arbeiter erhalten 11 Ml pro Woche. Das ist ein Stundenlohn von sage und schreibe 18 Pf. Der Lohn steigt dann jedes halbe Jahr um 20 Pf. pro Woche, bis zum Höchstlohn von 16 Ml pro Woche. Seit kurzem steht nicht mehr eine ganze Mart Kriegsteuerungszulage pro Woche gezahlt. Aber selbst mit dieser Leistungszulage ist der Lohn in unserm schönen, teuren Bodenort zu einem angemessenen Leben vollständig unzureichend, um so mehr da Kolberg als Fremdgebiet viel Fremdenverleih hat und dadurch die Lebens- und Wohnungsverhältnisse sehr teuer sind. In der Fabrik waren früher nur Arbeiter beschäftigt; während des Krieges sind jedoch etwa 40 Arbeitnehmer, meist Kriegerfrauen, eingestellt, und zwar für den königlichen Lohn von 6,50 Ml. pro Woche. Dieser Lohn reicht natürlich nicht einmal zum Lebensunterhalt, geschweige denn zu Kleidern, Wohnung und dergleichen. Ob das beim Firmenbesitzer gleichgültig ist?

Der Betrieb hat sich ganz enorm entwickelt. Vor 30 Jahren noch hat der Unternehmer mit seiner Frau die mit einem Arbeiter in der Ultorstraße in einem kleinen Stalle angefertigten Fabrikate in Postspalten, in den Schuhmärkten selbst zur Post gebracht. Heute dagegen hat die Firma ein eigenes Fuhrwerk mit zwei Pferden, und in der neuzeitlich eingerichteten Fabrik arbeiten über 100 Arbeiter und Arbeitnehmer und circa 50 Büroangestellte, und der Unternehmer ist während dieser Zeit ein sehrreicher Mann geworden; die Arbeiterschaft aber ist bei diesen Löhnern nicht auf einen grünen Zweig gekommen. Das sollte der Arbeiterschaft zu denken geben! Jeder müsste sich die Frage vorlegen: Soll das endig so bleiben oder gibt es Mittel und Wege, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern? Die richtige Antwort hierauf zu finden, ist nicht schwer. Wenn die Arbeiterschaft der Amelshäuser Fabrik bewusst, daß in einem Betrieb in Kolberg, wo alle Arbeiter organisiert sind, auch viel höhere Löhne gezahlt werden, so wird sie bald erkennen, was sie tun muß. Dann wird sie auch den Weg finden, der zur Besserung führt, den Weg in die Organisation, in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

H. L.

Küppersteg. Als der Weltkrieg ausbrach, hatte es den Anschein, als ob unsre mühsam erbaute Bahnhöfe von dem Sturm weggefegt würden. Zu dieser Vermutung hatten wir uns zu mehr Veranlassung, weil sich die Mitgliedschaft der Bahnhöfe zum großen Teil aus jüngeren, wehrpflichtigen Leuten zusammensetzte. Nachdem der erste Sturm vorüber war und wir die ersten zusammenfielen, stellte sich heraus, daß die Lücke doch nicht so groß war. Arbeitermangel in den hiesigen Munitionsfabriken zwang die Herstellerwerbung, sorgfältig zu überlegen und vielen Alternativen aufzutragen, wollte sie nicht mit der Munitionsbereitstellung im Hintergrund kommen. Mit der Zeit kam wieder ein wenig Ordensweg in den Arbeitsmarkt durch Rückzug von Arbeitern aus anderen brachliegenden Industrien. Die in alle Richtungen der Wundrose ausgesandten Agenten der Fabrikarbeiter von Bayer u. Co. schleppen, oft mit schweren Versprechungen, ganze Scharen von Arbeitern herbei. Von der oberen Roßlau, aus dem Thüringen und Thüringer Land kamen die Leute mit ihren Gabelfiguren, um in das versprochene „Paradies“ einzuziehen. Chemische Industrie und Munitionsbereitung sind aber keine Spielwarenfabrik oder Arbeit in gesunder Luft und so gab es eine Zu- und Überschwemmung der Arbeiter der hiesigen Gegend, wie niemals zuvor. Auch stellte die Herrenverwaltung eine ganze Anzahl Kriegsgefangene zur Verfügung (etwa 400—500 Mann), die auf die Fabrikate, die Karabinerfabrik, die Dynamitfabrik, bei Tuppermann und am Grischkau-Elektro-Verstellten verteilt wurden. Infolge des Arbeitermangels zu Anfang des Krieges und der äußerst gefundene schädlichen Munitionsarbeit waren die Unternehmer gezwungen, höhere Löhne zu zahlen, und so haben sich unter dem Druck der immer steigenden Lebensmittelpreise die Löhne allgemein etwas erhöht, dort etwas weniger. Beim ersten Arbeitstag nach dem Krieg wurde in den Fabrikarbeiter eine lange Zeit doppeltes Fransengeld zahlt, denn kein Mensch wollte in dieser Abteilung arbeiten, weil er wußte, daß er sofort freie wurde.

Um dem immer noch herrschenden Arbeitermangel abzuholzen, griff man zur weiblichen Arbeiterschaft. Zu hunderten flogen wir nun Frauen und Mädchen in den Munitionsbetrieben arbeiten, die vorher ausschließlich Männer vorbehalten waren. Wir sind die letzten, die es verstanden, wenn Frauen in dieser Zeit Paderborn an dem Arbeitmarkt auszutreten, aber die Sache hat einen Haken. Die Unternehmer erblühten in der Freu nicht die gleichwertige Arbeiterschaft wie die des Mannes, sondern ein billiges und williges Ausbeutungsobjekt, und das muß auf jeden verzweigt werden. Sohlte man doch den Arbeitern für diefe Löhne oft 25 bis 30 Prozent weniger an Lohn als den Männer. Wer fragt: Mit welchem Recht? Rüttelmühle war durch die Übernahme der Gefangen, durch Einstellung weiblicher Hilfskräfte und durch das Zutun von ortsfremden Arbeitern aus allen Gegenden der Arbeiterschaft etwas behoben; sofort festen aber auch schon die „Schwangeren“ ein, auch war man nicht so wählerisch in den Auswanderungen und in der Behandlung gegen die Arbeiter. In der Karbonitfabrik wurde in einzelnen Abteilungen der Allordnung bis zu 50 Prozent gestrichen, bei Belegschaften drohte man mit Entlassung. Die Dynamitfabrik „regte“ den Lohn im Munitionsbetrieb so, daß ein großer Teil der Arbeit einfach eine Art pro Tag Abzug bekam. Eine Anzahl Männer der Arbeiter am Generatorenbau wurden zwar für die Arbeiter gewonnen, aber das Abzug blieb bestehen. Wenn alle Betriebe die Arbeit regelten, durften die Arbeiter nicht zurückkehren. 8—15 Prozent weniger Lohn pro Woche waren die Folge der Arbeitslosenangst. Auf Stellenaufnahmen wurde ein Gewerberat, wen nicht für diesen Lohn arbeiten wolle, der kommt zu gewinnen. Diese Abzüge in allen Betrieben können aber nicht von ungefähr, sondern es liegt System in der Sache, denn die Unternehmer wollen unter dem Schutz des Kriegsministers und unter dem Schutz des Belagerungsmannes, der die Arbeit für sie nicht leisten können, der Lohn wieder so gering auf den alten Stand bringen.

Beginn Augusts am Material anfangen die Leute in der Rhein-Sprengstofffabrik und mit dem neuerrichteten Zündkopffabrik in Lüttringhausen (Krefeld u. Kamp) zahlweise ausziehen trotz einer Verkürzung der Arbeitszeit. In letzterer Fabrik sind in der allerletzten Zeit erhebliche Abzüge gemacht worden. Auch in der Dynamitfabrik von Krefeld u. Kamp könnte man die Arbeitnehmer, als sie die Säge beginnen wollten, einfach wieder nach Hause schicken. Es kann einen kleinen Sieg und eine Befreiung haben, daß ein einer Gewerbeaufsicht hierfür keine Spur. Und zu aller Bedauern der Unternehmer ist eine unerwünschte Höhe hierzu. Die Gewerberat glaubt ihre Sicht schon erfüllt zu haben, wenn sie sich als „feste Arbeit“ beschreiben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Misshandlungen passiert. Auch die Gewerberat haben sich die Kriegsministerialität als „feste Arbeit“ beschrieben. Unter dem „Kriegsfrieden“ sowie unter dem Belagerungsmann ist ein Frieden unmöglich, das wirken die Unternehmer und bringen ihre Sache ins Trotz. Sicherlich bei Spannung kann diese Friede ihre Arbeitsschafft bedeutend erschüttern, aber die Unternehmer können die heimischen Einrichtungen haben in den nächsten Tagen keine Erholung erzielen. Besonders beim Gewerbeamt ist es bei dem Gewerbeamt in Köln schon einige ganz große Missh